

Merkel, Wolfgang

Article

Die neue Partei des Bettino Craxi

Die Neue Gesellschaft (NG)

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (1984) : Die neue Partei des Bettino Craxi, Die Neue Gesellschaft (NG), ISSN 0028-3177, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, Vol. 31, Iss. 6, pp. 532-537

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122416>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Wolfgang Merkel: Die neue Partei des Bettino Craxi

Wolfgang Merkel, Jahrgang 1952, ist Historiker und Politologe und promoviert z.Zt. über das Thema „Die Sozialistische Partei Italiens unter Craxi“; s. a. seinen Beitrag in NG 5/83.

Der Sprecher: „Die Wahlkommission des 43. Parteikongresses der Sozialistischen Partei Italiens schlägt in Vertretung von 500 300 Mitgliedern und 920 Delegierten den Genossen Bettino Craxi zur Wahl des Generalsekretärs vor.“ Frenetischer Beifall. Der Sprecher: „Die Wahl ist angenommen, Bettino Craxi ist Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens.“

Nicht, daß eine geheime Wahl etwas geändert hätte. Bettino Craxi wäre auch dann mit geradezu osteuropäischen Quoten erneut zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt worden. Allerdings, die Szene ist symptomatisch. Es wird akklamiert, applaudiert, parliert – die Partei zeigt ostentativ Geschlossenheit. Die interne Dialektik opponierender Gruppen ist verschwunden. Ihre demokratisierenden Aspekte auch. Was fehlt, sind die harten, konstruktiven Auseinandersetzungen vergangener Parteitage. Die charismatische Ausstrahlung des Generalsekretärs und die harte Opposition der Kommunisten gegen die erste sozialistisch geführte Regierung Italiens, haben die Partei zu einer monolithisch anmutenden Homogenität geführt. Dies mag gegenwärtig politische Stärke bedeuten, kann aber auch mit dem Verlust an programmatischer Kreativität bezahlt werden.

Die plebiszitäre Akklamation Bettino Craxis zum alten/neuen Generalsekretär ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die im Verlauf von 8 Jahren – d. h. seit Craxis Übernahme des Generalsekretariats – eine zerrissene, in Flü-

gel gesplante Sozialistische Partei zu einer Geschlossenheit geführt hat, die selbst von den italienischen Kommunisten kaum erreicht wird.

Die Stationen: Im Gefolge einer innerparteilichen Palastrevolution wurde Bettino Craxi im Juli 1976 zum Generalsekretär des PSI gewählt. Als Führer der kleinsten innerparteilichen Fraktion (Autonomisti) wurde er von einer quer durch alle „Correnti“ (organisierte Parteiflügel) verlaufenden informellen Koalition gestützt. Das Prinzip mittelalterlicher Papstwahlen, nicht eben den Mächtigsten zu wählen, mag dabei eine gewisse Rolle gespielt haben.

Schon nach einem Jahr brach die breite Wahlkoalition auseinander. Der Parteirechte Bettino Craxi verbündete sich mit dem linken Flügel gegen das Zentrum. Auf dem 41. Parteitag in Turin (1978) erreichte die bizarre Links-Rechts-Koalition eine unanfechtbare Mehrheit. Doch auch dieses Bündnis zerbrach. Programmatische Divergenzen und auseinandergehende koalitionsstrategische Optionen waren ebenso unvereinbar geworden wie die Führungsambitionen der beiden „Correnti“-leaders Craxi und Signorile. Es kam zur frontalen Auseinandersetzung. Signorile unterlag, Craxi wurde auf dem 42. Parteikongreß (Palermo 1981) mit 70 % der Delegiertenstimmen zum Generalsekretär gewählt.

Ausgestattet mit dem Direktmandat des Parteitages – ein Novum in der Geschichte des PSI – begann der Generalsekretär, weitgehend unabhängig von Parteileitung (Direzione) und Zentralkomitee, die Partei autokratisch zu führen. Das ZK wurde kaum mehr einberufen, die Parteilinke beklagte Craxis „bonapartistischen Führungsstil“. Zu einem Zeitpunkt, als in der Kommunistischen Partei Italiens beachtliche Modifikationen des Demokratischen Zentralismus durchgesetzt wurden, verlor der PSI wertvolle Elemente seines innerparteilichen Pluralismus und kollegialen Führungsstils. Die charismatische Führerschaft Craxis, wurde – wenn auch säkularisiert – zum

Programm erhoben und als Mittel gegen die Entscheidungsunfähigkeit der italienischen Regierungen und den korporativen Zerfall der postindustriellen Gesellschaft gepriesen. Giuliano Amato, Staatssekretär im Präsidentsamt Craxis: „Im Unterschied zu allen anderen italienischen Parteien können wir auch einen ‚leader‘ anbieten.“

Ermöglicht wurde Craxis absolutistischer Führungsstil durch den Niedergang der Parteilinken. Unfähig, innerparteiliche Zustimmung für ihr Programm radikal-sozialistischer Strukturreformen und die Realisierung der „alternativa di sinistra“ zu finden, ließ sie sich ohne programmatische Zugeständnisse seitens Craxis in die Parteiführung miteinbinden. Durch die Kooptation ihrer wichtigsten Führer – Signorile und Spini – in Regierung und Parteiapparat, verlor die Linke an Profil und Dynamik. So konnte es nicht verwundern, daß von den „Lombardiani“, dem traditionellen linken Parteiflügel, auf dem Parteitag in Verona keine stimulierenden Impulse ausgingen. Sie begnügten sich damit, innerparteiliche Geschlossenheit zu demonstrieren. Kritische Äußerungen zu Craxis innen- und außenpolitischem Kurs waren allenfalls von dem historischen Parteiführer Francesco DeMartino und dem Mailänder Linksintellektuellen Michele Achilli zu hören. Doch beide sind in der Partei längst marginalisiert, sie repräsentieren nicht mehr als 5 % der Mitglieder.

In Verona wurde deutlich, daß der PSI geschlossen hinter seinem Generalsekretär, aber vor allem auch geschlossen hinter dem Ministerpräsidenten Craxi steht. Die Partei hat ihre Autonomie aufgegeben und ihr Schicksal untrennbar mit dem Erfolg der ersten sozialistisch geführten Regierung Italiens verknüpft.

Die Regierung Craxi

Blenden wir zurück. Als Bettino Craxi am 4. August 1983 zum Ministerpräsidenten Italiens gewählt wurde, war dies keineswegs einem überzeugenden Wahlsieg zu verdanken. Ihm hatte nicht ein überzeugendes Wählervotum zum Aufstieg verholfen, sondern die Anomalie eines teipolarisierten Vielparteiensystems, das seiner im Zentrum des Systems stehenden 11,4 %-Partei die bestimmende Rolle für jede Koalitionsbildung zuweist. Geschwächt durch erhebliche Wählerverluste, mußte die Democrazia Cristiana, obwohl mit 32,9 % der Wählerstimmen stärkste

Partei geblieben, den Sozialisten das Amt des Regierungschefs überlassen. Doch im Unterschied zu Mitterrand, Papandreou, Gonzales und Soares, die in ihren Parlamenten über absolute oder relative Mehrheiten verfügen, wurde Craxi in eine von konservativen Parteien dominierte Regierungskoalition eingebunden. Dies hatte Folgen.

Auf die Herausforderung von 16 % Inflation, 10 % Arbeitslosigkeit und einer bedrohlichen Staatsverschuldung reagierte Craxis Kabinett mit einer Einkommenspolitik, die eher neo-liberale denn sozialdemokratische Züge trägt. Zugegeben, die restriktiven Bedingungen des internationalen Kapitalmarktes, die strukturelle Krise der fortgeschrittenen Industriegesellschaften und die desolote Situation des eigenen Haushaltes ließen der italienischen Regierung wenig Spielraum. Eine die Binnennachfrage stimulierende Keynesianische Politik wäre unter diesen Umständen nicht nur sinnlos, sondern auch verhängnisvoll gewesen. Sie hätte nur die Inflation weiter angeheizt, die italienische Ökonomie von dem internationalen Teilaufschwung abgekoppelt und die Nachfrageimpulse ins wirtschaftlich stärkere Ausland verlagert. Doch anstatt mit der klientelistischen Subventionspolitik christdemokratischer Provenienz zu brechen, die Schwergewichte des Haushalts auf produktive Sektoren zu verlagern, die längst fällige Steuerreform zügig einzuleiten und wirtschaftliche Austerität mit sozialer Ausgewogenheit zu verbinden, versuchte Craxi am automatischen Inflationsausgleich für Arbeitnehmer (scala mobile) zu kürzen.

Die kommunistische Mehrheit der größten Gewerkschaft des Landes (CGIL) widersetzte sich diesem Ansinnen, nicht zuletzt unter Hinweis auf die skandalöse Praxis des italienischen Steuersystems. Ein Weißbuch des Finanzministers Bruno Visentini (Republikanische Partei) hatte unlängst enthüllt, daß die italienischen Arbeitnehmer im Schnitt mehr Steuern zahlen als Arbeitgeber und Geschäftsleute. Dies liegt weniger an den traumhaften Einkommen der Lohnabhängigen in Italien als an der Unmöglichkeit, Lohnsteuern zu hinterziehen. Nach übereinstimmenden Schätzungen der Steuerexperten bleiben in Italien mehr als 40 % des Nationaleinkommens unbesteuert. Erst wenn diese fiskalischen Disparitäten abgebaut werden, so CGIL und PCI, könnten den Arbeitnehmern erneute Lasten aufgebürdet werden.

Als es in den trilateralen Verhandlungen von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften zu keiner Einigung in der Frage der „scala mobile“ kam, versuchte Craxi die Vorstellungen seiner Regierung per Dekret durchzusetzen. Die Kommunistische Partei antwortete mit obstruktionistischem Filibustern und brachte das Dekret zu Fall, da es nicht in der von der Verfassung vorgeschriebenen Frist von 60 Tagen verabschiedet werden konnte.

Angesichts der auch von konservativen Wirtschaftswissenschaftlern vertretenen Meinung, die Reduzierung der „scala mobile“ könne die Inflationsrate allenfalls um 0,5 – 1% senken, ist zu fragen, ob das Regierungsdekret nur Ergebnis taktischer Ungeschicklichkeit oder Bestandteil eines strategischen Konzeptes ist, mit dem die christdemokratisch-sozialistische Allianz zur bestimmenden Kraft der Gewerkschaftsbewegung aufsteigen will. Der sich verschärfende Konflikt und die drohende Spaltung innerhalb der Gewerkschaftskonföderation dürfte sich am Ende jedoch kontraproduktiv für das programmatische Ziel des PSI auswirken, die Arbeitsbeziehungen nach dem sozialdemokratischen Modell neokorporativer Aushandlungsmuster zu organisieren.

Craxis sozial nicht ausgewogene Einkommenspolitik weist aber auch auf ein konzeptionelles Problem der gesamten europäischen Linken hin. In den Jahren des ökonomischen Wachstums hat sie sich weitgehend damit begnügt, über die Demokratisierung der Wirtschaft und über redistributive Modalitäten nachzudenken. Die Verknappung der ökonomischen Ressourcen und die damit verbundenen strukturellen Probleme des Wohlfahrtsstaates ließ die Linke ohne Konzeption zurück. Sie hat es bisher versäumt, auch über progressive Möglichkeiten der Erwirtschaftung gesellschaftlichen Reichtums unter restriktiven ökonomischen Bedingungen nachzudenken. Die Sozialistische Partei Italiens läuft gegenwärtig Gefahr, diese Konzeptionslosigkeit mit inkonsistenten Oszillationen zwischen neokorporatistischer Programmatik und neoliberaler Praxis zu bezahlen. So kommt es nicht von ungefähr, daß sich das Zentrum der Reformbemühungen des PSI von der gesellschaftlichen Sphäre auf die staatlichen Institutionen verlagert hat.

Institutionelle Reformen als Ausweg aus der Krise?

Die Analyse des gesellschaftlichen Wandels ist luzide. Der Niedergang der Arbeiterklasse – so der PSI in seinen Kongreßthemen – geht einher

mit dem Aufstieg neuer produktiver Schichten: der Techniker, Informatiker, Biochemiker etc. Die Interessenstruktur differenziert sich weiter aus und ist nicht mehr umstandslos den alten soziologischen Kategorien zuzuordnen. Die postindustrielle Gesellschaft erzwingt einen Wandel der Regierungspraxis. An die Stelle kompromißorientierter Interessenvermittlung tritt die Verpflichtung der Regierenden, zukunftsorientierte Entscheidungsprioritäten durchzusetzen. Gegenüber dieser Herausforderung befinden sich die Institutionen des politischen Systems Italiens in einem Zustand paralyisierender Ineffizienz: das reine proportionale Wahlrecht garantiert schon kleinsten Minderheiten parlamentarische Repräsentanz; die Proliferation der Parteien erschwert den Gesetzgebungsprozeß im Parlament und zwingt zu heterogenen und instabilen Regierungskoalitionen. Der Regierung selbst fehlen wichtige Entscheidungskompetenzen. Basierend auf dieser Analyse, arbeitete der PSI auf seiner Programmkonferenz in Rimini 1982 Vorschläge zur Reform von Wahlrecht, Parlament und Regierung aus. Auf dem Parteitag in Verona avancierten sie zum Kern der Reformabsichten des PSI.

Viele der Programmvorhaben scheinen dem „Modell Deutschland“ entnommen. Für das Wahlrecht schlägt der PSI die Einführung der 5%-Klausel vor. Mit dieser Maßnahme erhofften sich die Sozialisten zweierlei: erstens, Verringerung der im Parlament verbleibenden Parteien, Erleichterung der Koalitionsbildung, Rationalisierung des „politischen Marktes“, Stabilisierung der Regierung; zweitens, die kleinen laizistischen Parteien, insbesondere die Liberalen, Sozialdemokraten und Republikaner, könnten sich zu einer Assoziation an die Sozialisten gezwungen sehen, wollen sie nicht Gefahr laufen, an der 5%-Hürde zu scheitern. Beide Erwartungen könnten sich jedoch als Trugschluß erweisen. Es erscheint mehr als fraglich, ob die Republikaner, die gegenwärtig eine aggressive neoliberale Wirtschaftspolitik verfolgen, sich einem laizistischen Block unter sozialistischer Führung anschließen würden. Der „Parteienmarkt“ wäre damit überdies nur scheinbar rationalisiert. Die ehemaligen Parteien würden nur eine andere Form annehmen und zu konkurrierenden innerparteilichen Fraktionen werden. Und die Geschichte der italienischen Republik lehrt: fast $\frac{3}{4}$ der 45 Nachkriegsregierungen wurden durch den Intrigenkampf innerparteilicher (meist christdemokratischer)

Neue Shell Studie: Jugend in eigener Sache.

Gruppierungen gestürzt. Bittere Ironie übrigens: der neofaschistische MSI würde mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter im Parlament sein, da er während der letzten 20 Jahre konstant über 5 % der Wählerstimmen für sich gewinnen konnte.

Durchdachter erscheinen da die Reformpläne für das Parlament. Italien leistet sich als einziges westliches Land den Luxus eines nahezu identischen Zweikammersystems. Die „camera“ und der „senato“ haben nicht nur exakt identische Mehrheitsverhältnisse, sondern auch deckungsgleiche Kompetenzen. Der demokratische Gedanke, der „check and balances“, wird absurd, der Gesetzgebungsprozeß überflüssigerweise verzögert. Die Sozialisten votieren deshalb für ein Zweikammersystem nach (fast) bundesrepublikanischem Muster. Der Senat soll in Zukunft von den Regionalparlamenten gewählt, die Kompetenzen der beiden Häuser differenziert, der Kammer die eigentliche legislative Funktion übertragen werden. Reduzierung der 945 Parlamentssitze und Beschränkungen der Redezeit sollen den pathologisch langsamen Gesetzgebungsprozeß beschleunigen, offene Abstimmungen die Regierung stabilisieren.

Stabilität, Effizienz und Zentralisierung kennzeichnen auch die sozialistischen Reformpläne für die Regierungsstruktur. Der Ministerpräsident soll künftig vor der Ernennung seiner Regierungsmannschaft vom Parlament gewählt werden. Dadurch wollen die Sozialisten verhindern, daß die Parteiführer, wie bisher, das parlamentarische Vertrauensvotum für die Regierung von der Akzeptierung ihrer Ministervorschläge abhängig machen. Der mit Richtlinienkompetenz ausgestattete Regierungschef soll unabhängig von den Generalsekretären der Parteien die personelle Zusammensetzung seines Kabinetts bestimmen. Das Kabinett selbst wird in zwei Ebenen unterteilt: ein Kern der wichtigsten sieben Ministerien bestimmt die allgemeinen politischen Eckdaten, die übrigen zwanzig Ressortchefs setzen sie in ihrem konkreten Bereich um.

Die institutionellen Reformvorschläge kennzeichnen einen signifikanten Wandel in den Programmvorstellungen des PSI. Optierten die Sozialisten im „Progetto“ von Turin (1978) noch für die Diffusion politischer Entscheidungsmacht, Ausdehnung gesellschaftlicher Partizipation und die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung, werben sie nun für eine stabilere, effizientere und gestärkte Zentralregierung.

Damit durchbrachen sie ein Denkverbot der Linken, die in der Vergangenheit die Stärkung der Exekutive nur allzu simpel mit Reaktion und Konservatismus gleichsetzten. Für die erfolgreiche Initiierung von Reformen in Italien jedenfalls erscheint die Stärkung der zentralen Exekutive eine unabdingbare Voraussetzung. Zu oft fielen in der Vergangenheit progressive Gesetzesvorhaben den Konkordanzmechanismen des Parlaments bzw. der Verschleppungstaktik autonom agierender Bürokratien zum Opfer. Werden die institutionellen Reformen jedoch nicht von der partizipativen Ausweitung demokratischer Rechte in Wirtschaft und Gesellschaft ergänzt, laufen sie auf den untauglichen Versuch hinaus, die gesellschaftliche Komplexität des ausgehenden 20. mit einer etatistischen Konzeption des 19. Jahrhunderts reduzieren zu wollen. Die von den Sozialisten propagierte Mitbestimmung in zentralen und betrieblichen Wirtschaftsentscheidungen könnte ein erster Schritt in die richtige Richtung sein.

Vizesekretär Claudio Martelli und die engsten Mitarbeiter Craxis müßten endlich verdeutlichen, was sie unter dem „modernen Reformismus des Jahres Zweitausend“ (Martelli) inhaltlich verstehen. An politischen Wortschöpfungen und byzantinischen Formeln hat es der italienischen Politik nie gefehlt. Zur Lösung dringender Probleme haben sie jedoch seit jeher wenig beigetragen. Zur Überwindung der Stagnation des politischen Systems und der erfolgreichen Initiierung dringender Reformen bedarf es allerdings auch politischer Mehrheiten. Die Glaubwürdigkeit von Reformvorhaben hängt nicht zuletzt von einer überzeugenden Bündnisstrategie ab.

Das strategische Projekt

Mit dem Wandel radikalreformistischer, partizipationsorientierter Programmvorstellungen (Turin 1978) in dezisionistische Reformvorhaben (Rimini 1982, Verona 1984) änderte sich auch die Bündnisstrategie der Sozialisten. 1976 entschied die Partei sich einstimmig für die Koalitionsperspektive mit den Kommunisten. Allein mit ihnen, so die damalige Analyse des PSI, könne die Christdemokratie nach 30 Jahren ununterbrochener Herrschaft von der Regierung abgelöst werden und ein stagnierendes, klientelisiertes System reformiert werden. Doch schon bald zeigten sich, hinter der einmütigen Entscheidung verborgen, unterschiedliche Auffassungen über den

Realisierungszeitpunkt. So wurde die „alternativa di sinistra“ vor den Parlamentswahlen 1979 zwar nicht offiziell widerrufen, aber de facto von der Strategie der „Regierbarkeit“ (governabilità) ersetzt. Der koalitionsfähige Kern dieser Konzeption bestand in der Sicherung von regierungsfähigen Mehrheiten in Rom und den Regionen. Je nach Mehrheitsverhältnissen, koalierte der PSI mit Christdemokraten oder Kommunisten. Die Sozialisten nutzten ihre Rolle als unverzichtbarer Mehrheitsbeschaffer und hielten 1982 bei 9,8% Wählerstimmen mehr als 30% aller Regierungsämter im Land wie in den Regionen, Provinzen und Kommunen.

Die Strategen um Craxi wollen sich jedoch keineswegs mit der aus ihrer zentralen Rolle im Parteiensystem resultierenden „funktionalen“ Unverzichtbarkeit begnügen. Ihr Ziel ist es, an der Seite der kleinen laizistischen Parteien zur dominierenden dritten Kraft in Italien zu werden. Ausgehend von der Analyse, daß die beiden großen „Kirchen“ des Landes, PCI und DC, von einer unaufhaltsamen Erosion betroffen sind, versprechen sich die Sozialisten eine Säkularisierung des Wählerverhaltens. Der dann rational entscheidende Meinungswähler werde die modernen, progressiven, aber entideologisierten Parteien präferieren. Daß dies jedoch nur ein langfristiger und nicht notwendigerweise zugunsten des PSI verlaufender Prozeß sein muß, erwiesen die Parlamentswahlen von 1983. Nicht der PSI profitierte von den Wählerverlusten der Christdemokraten, sondern die neokonservativen Republikaner. Es waren nicht die vom PSI umworbenen Zielgruppen der „aufsteigenden produktiven Mittelschichten“, die die Sozialistische Partei wählten, sondern die Stimmenzuwächse kamen vor allem von den traditionellen Gruppen der Kleinbürger, den Bewohnern mittlerer und kleiner Städte, sowie der Bevölkerung des unterentwickelten Südens.

Deutlich wurde noch eine andere Entwicklung

in Verona. Noch nie war die Kluft zwischen Kommunisten und Sozialisten größer als heute. Es schien, als sollte der Ort stimulieren. Verona, Stadt populärer Aufführungen der Opern Verdis und Puccinis, hat auch eine lange Tradition volkstümlicher Kritikäußerungen. Daß dies jedoch keineswegs auf die berühmte „Arena“ beschränkt ist, davon mußte sich Enrico Berlinguer persönlich überzeugen. Als der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens die Kongreßhalle betrat, vergaßen Delegierte und Mitglieder des PSI ihre traditionelle Gastfreundschaft und ließen sich zu einem minutenlangen Pfeifkonzert hinreißen – allenfalls unterbrochen von Schmäherufen. Die Szenerie, undenkbar in der Vergangenheit, ist heute symptomatisch für die vergifteten Beziehungen zwischen PCI und PSI geworden.

Die Sozialistische Partei hat längst den Kurs der „Linksalternative“ verlassen und betrachtet die gegenwärtige Koalition mit Christdemokraten und den kleinen Parteien des Zentrums nicht mehr als eine kurzfristige Phase des Übergangs. Bewußt, daß der Traum einer dominierenden laizistisch-sozialistischen Kraft in Italien weder heute noch morgen zu realisieren sein wird, erhält das gegenwärtige Regierungsbündnis „organischen“ Charakter.

Warum nicht nach so vielen skeptischen Anmerkungen mit einem positiven Ausblick schließen? Auf dem 43. Parteikongreß der italienischen Sozialisten verdichteten sich die Anzeichen, daß die PSI-Führung in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen von ihren seit 1981 ostentativ gezeigten ultraatlantischen Positionen abrückt. Craxis Lissaboner Vorschlag zur Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche in Genf, bei einem möglichen Stop der Stationierungsarbeiten, ist zweifellos populär in der Sozialistischen Partei Italiens. Vieles deutet darauf hin, daß diese Initiative dem PSI zu wichtig ist, als daraus nur einen kurzfristigen Schlag für die Wahlen zum Europaparlament zu machen.